

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

gerne übersende ich Ihnen heute meinen aktuellen Newsletter.

Noch immer steht die Flüchtlingskrise im Mittelpunkt des politischen Geschehens. Aber auch das politische Alltagsgeschäft geht weiter. Daher möchte ich Ihnen heute einerseits aktuelle Informationen über die Flüchtlingskrise in Niedersachsen zukommen lassen und Ihnen meine Einschätzung zum rot-grünen Nachtragshaushalt erläutern.

Auf Ihre Anregungen, Rückmeldungen und Ideen freue ich mich. Zögern Sie also bitte nicht, mich anzusprechen.

Herzliche Grüße

Ihr Reinhold Hilbers

Die Flüchtlingskrise in Niedersachsen

Ich bin überzeugt davon, dass die Bundeskanzlerin Recht hat, wenn sie mit Bezug auf die Flüchtlingskrise sagt: „Wir schaffen das!“ Genauso richtig ist auch ihr Zusatz: „Aber nicht alleine.“ Wir brauchen eine europäische Lösung. Das wird immer deutlicher.

Wir bewegen uns in einem Spannungsfeld zwischen unserem christlichen Menschenbild und den dennoch begrenzten Kapazitäten des Landes. Wir brauchen eine europäische Solidarität zur Verteilung der Asylsuchenden.

Die im Wege des Asylkompromisses getroffenen Maßnahmen müssen schnell

greifen und werden auch hoffentlich zu einer Entlastung führen. Wir brauchen einen deutlich besseren Schutz der EU-Außengrenzen, da das Abkommen von Schengen eben nur Sinn ergibt, wenn die Außengrenzen gesichert sind. In Europa Zäune zu errichten, kann nicht unsere Antwort sein. Man stelle sich nur kurz vor, zwischen Deutschland und den Niederlanden würden wieder Grenzkontrollen eingeführt.

Wir brauchen schnellere Verfahren, konsequente Rückführungen abgelehnter Asylbewerber und die Einhaltung des Dublin-Abkommens. Ein Flüchtling, der Schutz vor Verfolgung, Krieg und Terror sucht, kann sich das Land in Europa nicht aussuchen, in dem er Aufnahme finden kann. Hier brauchen wir solidarische Quoten in Europa. Das können nicht einzelne Länder fast alleine schultern.

Dass das Land Niedersachsen bei dieser großen Herausforderung nicht kompetent regiert wird, zeigt sich immer wieder. Die im Wege der Amtshilfe den Kommunen auferlegte Herkulesaufgabe der Erstaufnahme von Flüchtlingen, versuchen alle Beteiligten so gut wie möglich zu stemmen. Ich bin stolz darauf, wie reibungslos das alles auch in der Grafschaft klappt. Dennoch darf das nicht über das Versagen der rot-grünen Landesregierung hinwegtäuschen: Weil es die Landesregierung nicht geschafft hat, ihre Hausaufgaben zu machen. Mein besonderer Dank gilt den Ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Ohne ihren Einsatz könnten wir die Aufnahme der Flüchtlinge in Deutschland längst nicht mehr bewerkstelligen.

Niedersachsen hat sich im Bundesrat gegen den breit getragenen Kompromiss gestellt und damit einmal mehr bewiesen, dass die Regierung Weil im Kern handlungsunfähig ist. Dabei ist die Sicherung der Außengrenzen und eine Begrenzung des Zuzugs für unser Land so wichtig. Hier hat die Niedersächsische Landesregierung versagt. Obwohl Ministerpräsident Weil diesen Kompromiss – der im Übrigen 345 Mio. Euro an Finanzaufwendungen auch für Niedersachsen bedeutet – selbst ausgehandelt hat, durfte er nicht zustimmen. Das ist angesichts der Lage unbegreiflich. Wir müssen mit unseren begrenzten Kapazitäten behutsam umgehen. Dennoch kommt für mich eine Änderung des Grundgesetzes nicht in Betracht.

Meine Rede zum Entwurf des Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015

Wir beraten heute abschließend über den zweiten Nachtragshaushalt 2015.

Und wie schon beim ersten Nachtragshaushalt, so ist auch dieser Gesetzentwurf kein Ausweis politischer Weitsicht.

Im Gegenteil: Allzu lange haben die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen die Augen vor der Wirklichkeit verschlossen. Angesichts der Flüchtlingskrise ist es ohne Frage gut und notwendig, im Haushalt weitere Mittel bereitzustellen.

Aufgrund der immer noch außerordentlich günstigen Rahmenbedingungen mit Rekordsteuereinnahmen von fast 23,5 Milliarden Euro, einem historisch niedrigen Zinsniveau und einem von der CDU-geführten Landesregierung geerbten Rücklagenpolster von über einer halben Milliarde Euro hat Rot-Grün ungeahnte finanzielle Möglichkeiten, um Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise ohne zusätzliche Schulden zu finanzieren. Sie

haben einfach Glück! Was haben Sie am Anfang Ihrer Regierungszeit gezetert über angebliche Haushaltslöcher und zu optimistische Planungen. Alles nur Ablenkungsmanöver. Ihnen fallen diese finanziellen Handlungsspielräume in den Schoß. Geleistet haben Sie dafür gar nichts - noch nicht einmal eine ordentliche Aufgabenkritik ist Ihnen in zweieinhalb Jahren Regierungszeit gelungen. Sie improvisieren überall nur, ohne dass durchdachte Konzepte oder eine Richtung erkennbar sind.

Aber Sie müssen auch endlich einmal raus aus diesem ständigen Reparaturmodus! Der Nachtrag kommt viel zu spät. Im November - kurz vor Jahresende mit hektischen Beratungen in den Ausschüssen - müssen Sie hier noch einen Nachtrag durch das Parlament bringen. Viele Maßnahmen hätten Sie bereits im Juli haben können oder besser gesagt, umsetzen müssen. Der Nachtrag ist halbherzig - und an vielen Stellen immer noch zu kurz gesprungen.

Der Nachtrag kommt nicht aus Überzeugung sondern auf Druck: Sie - Herr Weil und Herr Schneider - legen diesen Nachtragshaushalt nicht freiwillig vor.

Es war wieder einmal der politische und öffentliche Druck, der Sie dazu bewogen hat. Ich erinnere an die NSTGB-Versammlung der Bürgermeister in Walsrode: Der Druck wurde immer größer - dann plötzlich haben Sie den Kommunen zugesagt, für Abhilfe zu sorgen.

Das, was Sie jetzt machen ist nicht grundsätzlich falsch. Die Richtung stimmt. Daher stehen wir dem auch nicht im Wege. Denn auch wir wollen, dass die Kommunen entlastet werden. Denn auch wir wollen, dass es mehr Sprachförderung gibt. Denn auch wir wollen, dass den Ehrenamtlichen Unterstützung zukommt. Das alles haben wir bereits im Dezember letzten Jahres für den

Haushalt gefordert beziehungsweise im Juli für den ersten Nachtragshaushalt.

Die Kommunen tragen derzeit die Hauptlast bei der Unterbringung von Asylbewerbern. Die Kommunalen Spitzenverbände rechnen 2015 mit jahresdurchschnittlich 55.000 Flüchtlingen, die sie unterbringen und versorgen müssen. Multipliziert mit den Kosten von 10.000 Euro pro Flüchtling bedeutet das eine Kostenbelastung von 550 Millionen Euro in 2015.

Im Ursprungshaushalt 2015 waren nur 158 Millionen Euro für die Kommunen etatisiert. Im ersten Nachtrag hat Rot-Grün dann 80 Millionen Euro, davon die Hälfte aus Bundesmitteln, draufgelegt. Wir hatten bereits zum ersten Nachtragshaushalt zusätzliche Mittel für die Kommunen in Höhe von 127 Millionen Euro statt ihren 80 Millionen Euro gefordert. Immerhin geht Ihre Nachsteuerung mit dem zweiten Nachtragshaushalt in die richtige Richtung.

Entschieden zu kurz springen Sie bei der Weiterleitung der zusätzlichen Bundesmittel für 2015 in Höhe von 90 Millionen Euro. Die kommunalen Spitzenverbände fordern vollkommen zu Recht, dass diese Bundesmittel komplett an die Kommunen durchgeleitet werden müssen. Genau das greifen wir mit unserem Änderungsantrag auf. Das würde für die Kommunen in Niedersachsen ein Plus von rund 90 Millionen Euro bedeuten. Das ist Geld des Bundes in und für 2015. Daher sollte Sie es auch vollständig weitergeleiten - und nicht mit klebrigen Fingern 15 Prozent einbehalten und den Rest nur als Vorschuss auf 2016 auszahlen. Dabei dürfen die Gelder nicht auf die Zahlungen angerechnet werden, die den Kommunen für 2016 zustehen.

Das wäre ein starkes Signal für die Bürgermeister und Landräte. Es wäre zugleich auch eine Anerkennung der Leistung vieler Mitarbeiter in den

Kommunalverwaltungen, die mit immer kürzeren Vorlaufzeiten immer mehr Kapazitäten für die neu ankommenden Flüchtlinge zur Verfügung stellen müssen! Die Kommunen brauchen Verlässlichkeit. Sie müssen wissen, was aus dem Asylkompromiss kommt - mit welchem Ausgleich sie rechnen können. Sie benutzen die Kommunen als Reservekasse! Wir fordern daher in unserem Konzept, dass die CDU-Fraktion Ihnen zur Abstimmung vorlegt, den Kommunen die vollen 90 Millionen Euro auszuzahlen - und zwar nicht als Vorschuss oder Abschlag.

Die CDU-Fraktion hatte Ihnen, Herr Weil, im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung ein faires Angebot gemacht: Uns ging es darum, gemeinsam mit der Landesregierung ein starkes Signal zu setzen, dass wir die Probleme in Niedersachsen gemeinsam angehen. Dafür waren wir bereit, Kompromisse einzugehen. Gleichzeitig haben wir aber auch erwartet, dass einige unserer Kernforderungen Beachtung finden. Dazu gehört neben den dringend notwendigen Entlastung der Polizei auch die kurzfristige Personalaufstockung im Innenbereich. Die beiden Koalitionsfraktionen sahen sich nun nach langer Diskussion endlich dazu in der Lage. Noch im September haben Sie auf die große Anfrage geantwortet, dass es bei der Polizei keine zusätzlichen Mittel geben würde. Auch hier hat unser Druck Wirkung gezeigt, auch hier haben wir Sie bewegen müssen. Diese Forderungen sind deshalb Teil eines gemeinsamen Änderungsantrags, den wir heute vorlegen.

An Hilferufen aus der Polizei herrscht kein Mangel. Nur zwei Beispiele:

a.) BILD Hannover vom 20.07.2015:

Dietmar Schilff, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), sieht viele Dienststellen am Ende ihrer Kräfte: „Die

Belastungsgrenze ist erreicht!" (..) Aufnahmelager sind überfüllt. Städte wissen nicht mehr, wo sie Flüchtlinge einquartieren sollen. Auch die Polizei sei immer häufiger durch Einsätze gebunden, sagt Schilff: Er fordert deshalb dringend neue Stellen!

b.) NDR online vom 7.10.2015:

Die Zusammenstöße in Flüchtlingsunterkünften hätten zugenommen, sagt der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Thomas Kliewer. "Die Polizei ist dadurch extrem belastet, teilweise überlastet." Zum eigenen Schutz würden die Beamten mit mehr Personal ausrücken; oft 20 bis 25 Streifenwagen. Diese Einsatzkräfte fehlten dann aber bei der Bekämpfung der Alltagskriminalität - etwa bei Ermittlungen zu Diebstählen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es mehr als angemessen, wenn der Landtag als Gesetzgeber im zweiten Nachtragshaushalt vier Millionen Euro für Personal zur dringenden Entlastung der Polizei bereitstellt. Damit wird zunächst ein Zeichen gesetzt, in dem die vielen Überstunden - statistisch 80 Stunden bei jedem Polizeibeamten - teilweise finanziell ausgeglichen werden!

Die Menschen erwarten vom Staat zu Recht, dass er Sicherheit und Schutz der Menschen innerhalb und außerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen garantiert. Wir müssen die Polizei deshalb auch in die Lage versetzen, diese zusätzlichen Aufgaben auch einigermaßen schultern zu können!

Es gibt einen weiteren Punkt, der deutlich macht, dass auch dieser zweite Nachtragshaushalt nicht einmal die Funktion eines guten Reparaturbetriebs erfüllt: Das ist der Bereich der Sprachförderung für Flüchtlingskinder. Diese Landesregierung hat die Zahl der Flüchtlingskinder mit

Sprachförderbedarf an den niedersächsischen Schulen völlig unterschätzt.

Noch Anfang September hat Ministerpräsident Weil von 6.200 schulpflichtigen Flüchtlingskindern gesprochen. Kurze Zeit später musste die Kultusministerin zugeben, dass rund 33.000 Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen unsere Schulen besuchen. Darunter sind rund 9.000 Kinder, die selbst in ihrer Muttersprache Analphabeten sind.

Ich will an dieser Stelle daran erinnern, dass meine Fraktion bereits im Herbst 2014 gefordert hat, die Mittel für die Sprachförderung erheblich aufzustocken.

Rot-Grün aber hat sich zu lange gegen mehr Sprachförderung gewehrt. Viele Schulen sind nun überfordert. Sie müssen jetzt improvisieren und den Mangel verwalten.

Was das heißt, war zum Beispiel am 25. September 2015 in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung nachzulesen. Dort wird über die Situation in der Landeshauptstadt unter anderem Folgendes berichtet:

„Schulleiter beklagen, dass die Zahl der Sprachlernklassen nicht ausreicht. (...) Wie jetzt bekannt wurde, sitzen allein an der IGS Vahrenheide-Sahlkamp 35 Schüler ohne Deutschkenntnisse im Unterricht.“

Der Schulleiter beklagt sich in dem Artikel darüber, dass die Schulen mit dem Problem alleingelassen würden: „Keiner hat eine Lösung, und das Lehrerkollegium muss es ausbaden.“

Die Herausforderung ist so groß, dass ein ‚Weiter so‘ bei der Sprachförderung mit ein paar zusätzlichen Lehrerstunden pro Schule keine Option ist. Doch genau das ist vorgesehen: Bei einer Vervierfachung der Schülerzahlen von 10.000 auf möglicherweise

40.000 noch in diesem Jahr will das Kultusministerium nur 25 Prozent mehr Lehrerstunden als Förderung geben. Dabei könnten Sie das mit einfacher Dreisatzrechnung lösen: Ihren Dreisatz verstehe ich allerdings nicht.

Was Sie da vorschlagen, reicht vorne und hinten nicht! Ihre Flickschusterei im zweiten Nachtragshaushalt wird hier kaum für Entlastung sorgen. Wir fordern deshalb, zum 1. November 2015 noch einmal 1.000 zusätzliche Lehrerstellen für zusätzliche Sprachlernklassen an niedersächsischen Schulen bereitzustellen. Dafür wollen wir neun Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen.

Und wer sagt, wir brauchen gar keine Sprachlernklassen, denn das funktioniert in den Schulen alles schon irgendwie nebenbei, mit ein paar Förderstunden pro Schüler, der hat den Wissenschaftlern nicht zugehört.

Ich zitiere aus einem Interview in der „Neuen Presse“ vom 1. Oktober 2015 mit Frau Professor Dr. Elke Montanari von der Stiftung Universität Hildesheim: Sie ist Professorin für Deutsch als Zweitsprache und Mitglied des Zentrums für Bildungsintegration. Auf die Frage, ob man mit reinen Sprachlernklassen nicht Parallelstrukturen aufbaue, antwortete Frau Professor Dr. Montanari:

„Ich habe mehrere Jugendliche kennengelernt, die mir gesagt haben: „In der Sprachlernklasse ging es mit dem Deutschlernen erst richtig voran.““

Es ist von daher wirklich nicht zu verstehen, warum sich die Kultusministerin so sehr gegen die Einrichtung von mehr Sprachlernklassen wehrt. Der einzige Grund ist, dass sie verdecken will, dass es sowieso schon einen Lehrermangel in Niedersachsen gibt, den sie selbst verschuldet hat!

Die aktuelle Flüchtlingssituation erfordert nicht nur einen nationalen Kraftakt.

Notwendig ist auch auf Landesebene die Bereitschaft, für diese Aufgabe Ressourcen freizusetzen, Prioritäten neu zu ordnen. Leider haben Sie nur wenige unserer Vorschläge angenommen. Die Annahme einer ausgestreckten Hand sieht anders aus.

Zumal unsere Vorschläge durch geringere Zinsausgaben aufgrund des aktuell niedrigen Zinsniveaus voll gegenfinanziert sind. Als Konsequenz stellen wir heute unsere Änderungsanträge namentlich zur Abstimmung. Wir wollen sicherstellen, dass jeder Abgeordnete der Koalitionsfraktionen Farbe bekennt. Denn sie sind es am Ende, die sich in ihren Wahlkreisen dann rechtfertigen müssen, weshalb sie die teils unhaltbaren Zustände in den Notunterkünften und Schulen einfach so klaglos hinnehmen. Aus dieser Pflicht können wir Sie nicht entlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnisgrünen!

Wir hatten Ihnen klar und deutlich signalisiert, dass wir unter bestimmten Bedingungen bereit wären, den zweiten Nachtragshaushalt mitzutragen. Das werden wir auch tun - trotz erheblicher Bedenken

Sie haben sich wegen der Flüchtlingskrise und wegen Volkswagen entschlossen, die Südafrikareise abzusagen. Es gibt tatsächlich eine Menge Rede- und Klärungsbedarf. Und es wäre in beiden Fällen ein Ausweis staatspolitischer Klugheit, die ausgestreckte Hand zu ergreifen und die größte Oppositionsfraktion bei diesen wichtigen Themen endlich mit ins Boot zu holen!

Legen Sie uns und den Kommunen, den Menschen die sich ehrenamtlich und in den Hilfsorganisationen um die Flüchtlinge kümmern, ein Zahlenwerk für 2016 vor, damit Planungssicherheit herrscht. Warten Sie damit nicht wieder bis zum letztmöglichen Termin. Wir fordern von Ihnen, dass Sie, Herr Weil, dafür Sorge tragen, dass es zügig und umfassend eine

Nachbesserung Ihrer Zahlen für 2016 geben wird. Die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels und die neusten Prognosen und Ihre Reaktion darauf sind uns umfassend vorzulegen.

Fangen Sie an, auch finanzpolitisch eine Strategie für die Herausforderungen, die in der Flüchtlingspolitik für uns liegen, zu entwickeln. Kommen Sie endlich raus aus dem Krisen- und Interventionsmechanismus. Fakt ist:

Im Jahr 2013 haben Sie insgesamt rund 440 Mio. Euro, also fast eine halbe Milliarde Euro im Haushalt umschichten können, ohne dass Sie die Neuverschuldung Euro erhöhen mussten:

- 120 Mio. Euro für Ihr Sondervermögen für Investitionen,
- 139 Mio. Euro Ausbuchung der Globalen Minderausgabe,
- 81 Mio. Euro Verzicht auf Vermögensveräußerungen,
- 70 Mio. Euro Besoldungserhöhung für Beamte und Versorgungsempfänger,
- 30 Mio. Euro Flutopferhilfe

Im Jahr 2014 haben Sie im Jahresabschluss nur noch ein strukturelles Defizit von 93 Mio. Euro ausweisen müssen, weil Sie riesige Zinseinsparungen hatten und die Steuereinnahmen besser liefen, als eingeplant - für beides können Sie gar nichts.

2015 können Sie aufgrund der immer weiter steigenden Steuereinnahmen sogar im ersten Nachtragshaushalt 2015 einen Rechenfehler der Kultusministerin bei der Finanzhilfe für Krippen in Höhe von 83 Mio. Euro mal locker ausbügeln und 13 Mio. Euro für 720 Gymnasiallehrer anteilig finanzieren. Insgesamt hatte Ihr 1. Nachtragshaushalt 2015 ein Volumen von 237 Mio. Euro.

Jetzt haben Sie zur Bewältigung der Flüchtlingskrise einen 2. Nachtrag mit einem Volumen von 300 Mio. Euro für 2015 angekündigt. Der Präsident des LRH hat es gesagt: Sie schwimmen im Geld, das belegt

der angekündigte 2. Nachtrag mit einem Volumen von rd. 300 Mio. Euro.

1. und 2. Nachtrag werden also ein Volumen von 537 Mio. Euro haben - so viel Luft haben Sie im Haushalt 2015.

Die CDU-geführte Landesregierung habe Niedersachsen kaputt gespart:

Als Ihnen das mit den übernommenen Haushaltslöchern keiner im Land mehr abgenommen hat, haben Sie sich etwas anderes überlegt - um Ihre ambitionslose Finanzpolitik zu rechtfertigen: Das war dann das Märchen, dass die CDU-geführte Landesregierung das Land kaputt gespart habe. Alles im Land sei marode, kaputt, da müsse jetzt riesig investiert werden, sonst breche alles zusammen.

Deswegen haben Sie ja, dann das Sondervermögen in Höhe von 120 Mio. Euro für die Jahre 2014 bis 2017 eingerichtet, 4 x 30 Mio. Euro. Und dann fällt sofort auf:

Unter Rot-Grün sind die Investitionen in Niedersachsen im Keller:

Die Investitionsquote ist auf historischem Tiefstand von 4,7 Prozent, bis 2019 sinkt diese Quote sogar auf 4,3 Prozent. Selbst wenn man Ihr neues Sondervermögen zweckgebundene Einnahmen noch dazu rechnet, landet man immer noch bei unter 6 Prozent.

Ich sag ihnen mal die Investitionsquoten in unserer Regierungszeit ausgesehen hat:

2003	11,9 Prozent
2004	11,8
2005	7,1
2006	7,1
2007	10,5
2008	7,5
2009	10,1
2010	9,2
2011	7,5

2012

8,5

Und Sie legen uns jetzt einen Haushalt 2016 mit einer Investitionsquote von 4,7 Prozent vor, mit eigenfinanzierten Investitionen von gerade einmal 853 Mio. Euro vor, und wollen den Menschen erklären, damit solle ein angeblicher Investitionsstau behoben werden.

Ich sage Ihnen, mit dem angeblichen Investitionsstau aus unserer Regierungszeit kann es ja nicht weit her sein, wenn Sie mit historisch niedrigen Investitionsquoten von unter 5 Prozent bis 2019 planen, dieses Land zu regieren.

Das ist schon entlarvend, von Investitionsstau reden und dann im Haushalt die Investitionen auf niedrigstem Niveau quasi einzufrieren.

Märchen: Unrealistische Haushaltsplanung der CDU-geführten Landesregierung in der Mipla 2012 bis 2016:

Was haben Sie gezetert nach der Regierungsübernahme, die Einnahmen seien völlig unrealistisch kalkuliert. Schauen wir uns Ihren Haushaltsentwurf 2016 an:

Auch dieser Haushalt 2016 ist wieder von außerordentlich günstigen Rahmenbedingungen geprägt - Herr Finanzminister Schneider - Sie haben Rekordsteuereinnahmen, ein historisch niedriges Zinsniveau, Entlastungen durch den Bund und eine Rücklage in Höhe von 550 Mio. Euro.

Sie rechnen 2016 mit rd. 23,6 Mrd. Euro, also über 500 Mio. Euro mehr als 2015 und sogar 2 Mrd. Euro mehr als 2014 und rund 470 Mio. Euro mehr, als in unserer Mipla 2012 für das Jahr 2016 eingeplant war.

Hinzu kommt ein historisch niedriges Zinsniveau: Die Zinsausgaben betragen 2016 rund 1,7 Mrd. Euro, rund 400 Mio. Euro

weniger als in unserer Mipla 2012 bis 2016 für 2016 eingeplant war. Übrigens auch 200 Mio. Euro weniger als Rot-Grün 2013 in ihrer Mipla für 2016 eingeplant hatte!

Hinzu kommen erhebliche Entlastungen durch den Bund:

Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung, das ist eine Entlastung durch den Bund von rd. 100 Mio. Euro im Jahr.

Übernahme von BAFÖG-Mitteln, das ist eine Entlastung des Landes von rund 80 Mio. Euro pro Jahr. Sondervermögen des Bundes für Krippenausbau, das ist eine Entlastung für Niedersachsen 2016 von rund 19 Mio. Euro. Und dann haben Sie im Haushaltsentwurf 2016 auch noch eine geerbte Rücklage in Höhe von rund 550 Mio. Euro:

Rot-Grün hat eine unglaublich komfortable Haushaltssituation. Ihnen steht das Geld bis zum Hals, hat der Präsident des Landesrechnungshofs ja völlig zurecht im Mai dieses Jahres festgestellt. Sie haben hier einfach Glück. Ich mag mir gar nicht ausmalen, wie das hier in Niedersachsen aussähe, wenn dem Finanzminister nicht die Steuereinnahmen nur so reinschwemmen würden. - Ein Haushalt und besten Rahmenbedingungen. Sie machen nichts daraus!

Während andere Bundesländer sich fit machen für die Zukunft und zentrale Herausforderungen angehen, ist bei Ihnen Stillstand. Ich habe mir mal die Stellen markiert in den EPs, wo sie etwas ändern, eine neue Idee haben. Da ist allerdings Fehlanzeige. Außer, dass sie dem NIW das Geld streichen wollen, bei der Wirtschaftsförderung und beim Straßenbau die Gelder zusammenstreichen.

Kein erhöhter Ansatz für den Krankenhausbau und die Modernisierung. Nur mühsam füllen Sie die

Gegenfinanzierung zum Strukturfond auf. Kein eigener Beitrag zur Stärkung der Krankenhauslandschaft in Niedersachsen. Die Mittel für den Strukturfond (47 Mio. Euro.) wollen Sie „hebeln“ auf 400 Mio. Das ist nichts anderes als ein Schattenhaushalt, eine wundersame Geldvermehrung oder ein Taschenspielertrick.

Ihr Staatssekretär macht Regionalgespräche - hat aber kein Geld. Das ist Känguru-Politik: Große Sprünge mit leerem Beutel.

Zum Wohnungsbau: Das Sozialministerium fordert eine Verdopplung der Bundesmittel und leitet nur knapp 40 Mio. Euro durch. 400 Mio. Euro sind ein Darlehen der NBank.

Zur s.g. Bildungsoffensive: Das wurde von Rot/Grün als das Projekt angekündigt. Der Kultushaushalt soll in 2016 gerade einmal um 93 Mio. Euro steigen. Das sind gerade einmal 1,6 Prozent und deckt im Wesentlichen die Personalkostensteigerungen aus Tarif und Besoldung ab

Wo sind Ihre großen Akzente? Bei einem 5,5 Mrd. Euro-Haushalt können Sie mit 93 Mio. Euro keine großen Sprünge machen, zumal Sie allein durch die Klatsche beim OVG Lüneburg in Sachen Gymnasiallehrerarbeitszeit 2016 740 Stellen das ganze Jahr finanzieren müssen!

Ihre sogenannte Bildungsoffensive ist vor allem eines: Autosuggestion. Sie malen sich das alles schön und anschließend reden sie es sich durch ständiges Wiederholen ein und glauben es womöglich selbst. Bei den Menschen in Niedersachsen verfängt Ihre Autosuggestion aber überhaupt nicht: Die letzte NDR-Umfrage im Juli diesen Jahres belegt das eindrucksvoll. 60 Prozent der Niedersachsen sind mit der rot-grünen Bildungspolitik unzufrieden, das ist schon richtig schlecht. Das muss Sie umtreiben!

Sie wollen trotzdem weiter neue Schulden machen, 480 Mio. Euro im nächsten Jahr und

bis 2020 sogar insgesamt 1,2 Mrd. Euro neue Schulden, das ist völlig unambitioniert. Das ist Ihre Politik des max. Schuldenmachens. Dabei könnten Sie die schwarze Null erreichen.

Auf der anderen Seite haben Sie eine historisch niedrige Investitionsquote von nur noch 4,7 Prozent in 2016 - und das soll auch bis 2019 nicht besser werden. Nur noch 1,3 Mrd. Euro Investitionen im Haushalt 2016, wenn man Ihr neues Zweckvermögen hinzurechnet auch nur 1,7 Mrd. Euro. Im Durchschnitt planen Sie bis 2019 mit Investitionen von noch nicht einmal 1,7 Mrd. Euro pro Jahr. In zehn Jahren der CDU-geführten Landesregierung von 2003 bis 2012 hatten wir im Durchschnitt Investitionen von über 2,1 Mrd. Euro pro Jahr, das sind 400 Mio. Euro mehr pro Jahr, also 24 Prozent mehr.

Sie modernisieren nicht, Sie investieren nicht, Sie konsumieren. Wo ist Ihre Vorsorge für die Zukunft? Wo sind Ihre richtungsweisenden Weichenstellungen für die Zukunft?

Wo sind die Ergebnisse ihrer groß angekündigten Aufgabenkritik? 2013 haben Sie nach der Regierungsübernahme eine umfassende Aufgabenanalyse angekündigt. Ich zitiere aus der rot-grünen Mipla 2013 bis 2017. Auf Seite 4 heißt es hier:

„Eine notwendige Voraussetzung ist eine restriktive Haushaltsplanung - und - bewirtschaftung. Damit ist es aber nicht getan: Wir müssen auch untersuchen, welche Aufgaben das Land in Zukunft noch leisten kann und muss. Wir werden deshalb eine Aufgabenanalyse vornehmen, die bereits Entlastungen im Haushalt 2015 ermöglichen soll. Ein entsprechendes Projekt ist auf den Weg gebracht. Wir werden uns unter anderem der Tatsache stellen müssen, dass sich sowohl die Zahl als auch die Altersstruktur der Bevölkerung in naher Zukunft erheblich ändern wird. Dieser

Umstand kann nicht ohne Auswirkungen auf Verwaltungsstrukturen und -abläufe bleiben."

Sie haben Lenkungskreise eingerichtet, Projektgruppen mit 130 Beschäftigten und herausgekommen ist bis jetzt offenbar gar nahezu nichts. Nahezu Null! Nahezu Fehlanzeige!

Das einzige, was sie hinbekommen haben, ist ein Beschluss, dass Sie bis 2018 806 Vollzeiteinheiten in drei Raten à 269 Stellen abbauen. Das sind gerade mal 0,6 Prozent des Personalkörpers des Landes bis 2018. Dieses „Mini-Programmchen“ hat noch nicht einmal eine eigene Bezeichnung. Sie haben sich wahrscheinlich nicht getraut, so etwas als Zielvereinbarung IV zu bezeichnen.

Ich sage Ihnen aber auch, was Sie hingekriegt haben: Sie haben die Staatskanzlei und die Ministerien mit Personal aufgepumpt. 2016 sollen 272 Vollzeiteinheiten mehr in der Staatskanzlei und den Ministerien arbeiten als 2012 unter CDU und FDP tatsächlich in der Staatskanzlei und den Ministerien gearbeitet haben. 272 Vollzeiteinheiten mehr in 2016 gegenüber dem IST-2012, das ist ein Anstieg um über 10 Prozent, 10 Prozent mehr Personal in der Staatskanzlei und nur 0,6 Prozent weniger bis 2018 in der gesamten Landesverwaltung. Das ist Ihr peinliches Zwischenergebnis nach 2 Jahren Aufgabenanalyse. Erst aufpumpen, dann Luft ablassen - und das als große Leistungen feiern. Wissen Sie, was das ist. Das ist eine Politik der leeren Brötchentüte. Wenn man Sie aufbläst und draufhaut, gibt es einen großen Knall und dann ist alles vorbei.

Ich komme zu den Kürzungen: beim Kommunalen Straßenbau sind 2016 nur noch rund 49 Mio. Euro vorgesehen, bei uns waren es 73 Mio. Euro, sogar 7 Mio. Euro weniger als in Ihrer letztjährigen Mipla. Für die Landesstraßenbauplafond sinkt auf nur 60 Mio. Euro, was haben Sie hier in Oppositionszeiten gezetert, wie schlimm die

Landesstraßen seien, die SPD hat 100 Mio. Euro gefordert - und jetzt kommt nichts! Die Wirtschaftsförderfonds haben sie wieder rasiert, nur noch 32 Mio. Euro, das sind 4 Mio. Euro weniger als 2015, das waren mal 52 Mio. Euro. Massive Kürzungen bei der Landwirtschaftskammer: Den Zuschuss für die Landwirtschaftskammer kürzen Sie gegenüber 2015 um über 6 Mio. Euro, das ist eine Kürzung um rund 9 Prozent. Sie setzen damit Ihren Feldzug gegen die Landwirtschaftskammer fort.

Kürzungen beim NIW: Mit Rot-Grün verliert Niedersachsen im Wettbewerb der Länder. Sie haben die Zukunftschancen nicht im Blick: Kaum Geld für den Breitbandausbau, Wirtschaftsförderfond, Straßenbau, NIW, Werftenförderung, E-Mobilität. Keine Ansätze bzw. hier kürzen Sie für ihre Rot-Grünen Projekte.

Dazu die historische niedrigste Investitionsquote mit 4,7 Prozent - aber mit 13,4 Mrd. Euro die höchsten Personalkosten in der Geschichte Niedersachsens.

Polizei:

Im Juni hatten die SPD-Abgeordneten Tonne und Watermann zu einer Polizeifachtagung nach Bückeberg eingeladen. Was sie dort zu hören bekamen, hätte eigentlich die Alarmglocken schrillen lassen müssen.

Ich zitiere aus der Schaumburg-Lippischen Landeszeitung vom 9.6.2015:

„Wie die Belastungssituation eines örtlichen Polizeikommissariats aussieht, schilderte der Leiter der Polizei Rinteln, Wilfried Korte. (...) Insgesamt schiebe seine Dienststelle 4400 Überstunden vor sich her, so Korte: „Die Jahresarbeitszeit von zweieinhalb Beamten.“ (...) Kortens klare Worte: „Ich habe keinen Bock, dass meine Kollegen verbrannt werden.“ Die Antwort des Landespolizeidirektors: „Du hast in jedem

einzelnen Punkt recht." Und: „Ich kann in keinem Punkt eine Lösung anbieten.“

Ratlosigkeit und schlichtes Nichtstun sind ein denkbar schlechtes Signal, Herr Innenminister. Sie haben als oberster Dienstherr schließlich eine besondere Fürsorgepflicht für Ihre Polizeibeamten! Leider findet sich auch im Haushaltsplanentwurf nichts, was Hoffnung machen könnte. Ernüchternd ist zudem, was zum Personalbedarf der Polizei in der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage ausgeführt wird:

„Derzeit gibt es keine Pläne oder Überlegungen, den Personalkörper der Polizei Niedersachsen zu erhöhen oder zu reduzieren. Die derzeitige Personalstärke wird als angemessen betrachtet, den polizeilichen Aufgaben zukunftsorientiert, zielgerichtet und erfolgreich zu begegnen.“

Man kann daraus nur einen Schluss ziehen: Bei Rot-Grün hat die Innere Sicherheit offenbar keine Priorität.

Dieser Haushalt ist ambitionslos, Ihnen fehlt die Kraft zur Gestaltung, sie setzen keine Schwerpunkte, Sie treffen keine Vorsorge für die Zukunft. Wir werden in diesen Haushaltsberatungen Alternativen aufzeigen, zeigen, wie es besser geht! Die Niedersachsen haben eine bessere Regierung verdient! Sie verwalten das Land: Niedersachsen ist wie Hannover 96: Nie richtig schlecht, nie richtig gut, immer so in der Mitte. - So ist auch Ihr Anspruch, eben Mittelmaß.